



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Die stuttgarter Konferenz.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Von Lyrik nenne ich nur A. Mübls „Lyrische Versuche“ und „Aus der Jugendzeit“, Gedichte von E. v. Desfontaines. —

Wir werden dieses Jahr Frieden behalten. Dies hofft nicht nur Napoleon wegen der pariser Ausstellung und der gewöhnliche Mensch, daß er sich in Frieden des Sommers erfreue, sondern auch der Buchhändler, daß er Reisekarten verkaufe und Reisebücher. Ja, er denkt schon weiter hinaus. Denn das Jahr 1867 wird in der späteren Geschichte auch deshalb von Wichtigkeit sein, weil es zuerst das ewige Autorrecht praktisch über den Haufen wirft. Selten sind wohl die Literaturgeschichten und Conversationslexika so eifrig nach deutschen Classikern und solchen, die es sein könnten, durchsucht worden, um die zu finden, die vor dem 9. November 1837 gestorben sind. Ihre Werke werden vogelfrei und jedes Jahr wird neue dazu bringen. Es wäre interessant, zu wissen, wie viel Papier daraufhin mehr verdruckt wird als sonst. Denn daß die Lebenden nun vorerst zu Gunsten der Todten aufs Gedrucktwerden verzichteten, wäre eine unbillige Zumuthung.

Ob auch in demselben Maße fortgekauft wird? Wohl kaum! Dann kommt vielleicht die Zeit, wo Lichtenbergs witzige Antwort auf die Frage, was man brennen soll, wenn wir unsere Wälder alle abgeholzt, praktisch wird: „O, wenn die Wälder ausgehauen sind, können wir sicherlich so lange Bücher brennen, bis neuer Vorrath angewachsen ist.“

## Die stuttgarter Conferenz.

Aus Süddeutschland. Anfang Februar.

In denselben Tagen, in welchen voraussichtlich die definitive Grundlegung der norddeutschen Bundesverfassung erfolgt, treten die süddeutschen Staaten aus ihrer verdrießlichen Thatlosigkeit, und zeichnet sich ihr Verhältniß unter sich, wie ihr Verhältniß zum Nordbund in schärferen Zügen. Der provisorische Zustand des neuen Deutschlands nimmt nach allen Seiten bestimmtere Gestalt an, ohne deshalb von seinem provisorischen Charakter zu verlieren.

Das Ministerium Hohenlohe ist im Süden als die Erlösung von einem auf die Dauer unerträglichen Zustand der Rathlosigkeit und stumpfen Geschehenlassens begrüßt worden. In Baden war der beste Wille vorhanden, aber der erste Anlauf, in den norddeutschen Bund aufgenommen zu werden, oder auch

nur zu einem Separatvertrag mit Preußen war gescheitert, und weiter hatten Badens Bemühungen nicht gereicht. In Württemberg rückte das Ministerium *vae victis* nicht von der Stelle und wartete mit schwäbischer Gemüthlichkeit, bis irgendein moralischer Zwang von irgendeiner Seite dem Staatsschiff irgendeine Richtung geben werde. Von Hessen-Darmstadt erwartete ohnedies wohl niemand Anregung, alles kam unter diesen Umständen auf Bayern, den größten und gewichtigsten der süddeutschen Staaten an. Er hat nun die Initiative zu einer gemeinsamen Action der durch den nikolsburger Vertrag vom Bundesstaat ausgeschlossenen Gebiete ergriffen.

Iren wir nicht, so bewegt sich diese Initiative genau in der Bahn, wie sie augenblicklich der Politik des Grafen Bismarck entspricht.

Was der Fürst Hohenlohe zu seiner schwierigen Aufgabe mitbringt, eine Politik des Uebergangs mit ziemlich disparaten Bundesgenossen durchzuführen, ist vor allem guter Wille, ein ehrlicher Name, ein offener und loyaler Charakter. Diese Ehrlichkeit ist selbst von der ultramontanen Partei, die ihm voraussichtlich den meisten Widerstand leisten wird, willkommen geheißen und anerkannt worden. Von Seite der preußischen Partei war er bekanntlich schon seit geraumer Zeit der designirte Ministercandidat für Bayern. Die Rede, die er im August vor. J. in der Reichsrathskammer hielt, bürgt dafür, daß mit ihm ein sehr bestimmter politischer Gedanke in den Palast am Promenadenplatz eingezogen ist. Ist auch das Programm, das er damals entwickelte, als die deutschen Zustände noch flüssiger schienen und er noch nicht als Minister redete, heute nicht unmittelbar zu verwirklichen, so spricht es um so beredter aus, welchem letzten Ziele er zusteuert.

Damals befürwortete der Fürst den Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund. Heute muß ein Minister, der das Erreichbare mit gegebenen Mitteln will, das Ziel sich bescheidener und zugleich bestimmter stecken. Die Trennung nach der Mainlinie ist nun einmal vollendete Thatsache. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob mehr die Einsprache Frankreichs oder mehr die Scheu vor den widerstrebenden Elementen des Südens Preußen dazu bewogen habe, bei dieser Grenzlinie Halt zu machen. Gewiß ist, daß diejenigen am wenigsten ein Recht haben darüber zu jammern und Preußen der „Zerreißung Deutschlands“ anzuklagen, die alles aufboten die Kluft zwischen Nord und Süd unheilbar zu erweitern. Ein einziges Mittel war vorhanden, den Buchstaben von Nikolsburg ebenso zu verwischen, wie den von Villafranca: wenn nämlich eine revolutionäre Bewegung im Süden den Anschluß erzwungen hätte. Aber ein solches Beginnen lag nicht im deutschen Temperament, es lag am wenigsten in der Disposition des Südens, der theils mit Trauer oder Verdruß, theils mit Schadenfreude, jedenfalls aber untätig und gelassen der Ausführung des Vertrags zusah. Die Einheit, die so nicht im unwiderstehlichen Sturm der Begeisterung

durchgesetzt werden konnte, ist ebendamit auf weitere Uebergangsstadien, auf Stappen angewiesen, zu denen glücklicherweise der Wortlaut von Nikolsburg selbst die Handhabe bietet, und diese Handhabe ergriffen zu haben, darin besteht eben der Kern der neuesten Schritte des Ministeriums Hohenlohe.

Es ist überflüssig, den Gedankengang der bekannten Reden zu wiederholen, in welchen der Fürst theils der Bildung eines Südbundes entgegentrat, theils die Mittel auseinandersetzte, den für jetzt unmöglichen Anschluß an Preußen zu ersetzen und zugleich vorzubereiten. Ein Programm, das nicht eine reine Lösung in Aussicht stellt, sondern sich darauf beschränkt, die Mittelglieder zu einer Ermöglichung jener Lösung zu präcisiren, bietet wie jeder Compromiß der Kritik seine schwachen Seiten. An solcher Kritik hat es dem Programm Hohenlohe nicht gefehlt; man hat ihm Unklarheit, Widerspruch nicht nur mit jener Augustrede, sondern auch mit sich selbst vorgeworfen. Aber daß diese Bemängelung hauptsächlich von Oestreich und der süddeutschen Demokratie kam und den verbissenen Aerger dieser Partei verrieth, scheint doch ein genügender Beweis, daß es eine unzweideutige Tendenz hat und in den wesentlichen Punkten klar genug ist.

Erster sieht sich der Widerspruch an, der von Baden ausging und nicht bloß in Correspondenzen ausführlich begründet wurde, sondern auch eine Zeit lang die badische Regierung in mißtrauischer Reserve gehalten zu haben scheint. Man hatte grade dort alles vermieden, was entfernt wie Anbahnung einer Südföderation ausah, und nun schien die Initiative Bayerns eben auf einen solchen Südbund hinauszulaufen. Man war in Baden doppelt vorsichtig, weil man nicht bloß den unbedingten Anschluß an Preußen erstrebte, sondern weil man mit Recht sich scheute, in die Arme größerer Nachbarn von nicht jederzeit musterhafter Gesinnung hineingezogen zu werden, und nun soll eben die badische Macht nicht an Preußen, sondern an die südlichen Genossen gebunden werden. Kam eine gemeinschaftliche Wehrorganisation des Südens zu Stande, so war damit, auch ohne gemeinsame politische Einrichtungen, doch eine Consolidirung und Stärkung der Kräfte des Südens erreicht, die möglicherweise eines Tags auch gegen die nationalen Zwecke und gegen Preußen verwandt werden konnten. Denn wenn auch die Gesinnung des jetzigen Ministeriums in München keinen Zweifel erlaubte, so war doch die Möglichkeit einer Aenderung der dortigen Politik nicht ausgeschlossen, der dann die erhöhte Militärmacht des Südens zur Verfügung stand. Ein bloßes Allianzverhältniß giebt allerdings dem Süden eine gefährliche Fähigkeit selbständiger Action und schließt den Wechsel der Allianzen nicht aus. Weit mehr schien es sich zu empfehlen, wenn die einzelnen Staaten für sich den Anschluß an Preußen suchten; ja es wurde gradezu ausgesprochen, je schwächer und hilfloser die einzelnen Staaten blieben, je rathloser sie z. B. mit ihren Bundesfestungen wären, um so sicherer würden sie gezwungen, ihre Zuflucht zu Preußen zu nehmen.

Man kann diesen Befürchtungen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Die Gefahr der Seceffion wird immer bestehen, so lange das Bundesverhältniß nicht auch den Süden umfaßt, und man wird es der badischen Regierung danken, wenn sie mit aller Vorsicht in die eben bevorstehenden Verhandlungen eintritt. Allein wenn Preußen unter allen Umständen und im Voraus sich gegen jene Gefahr sichern wollte, so durfte es nicht an der Mainlinie stehen bleiben. Jetzt ist die Frage nur die, wie die von den Friedensbestimmungen unzertrennliche Gefahr beseitigt werden kann, und wir meinen, der Weg, den die bayerische Regierung eingeschlagen hat, war der einzige, der die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden wirklich um einen entscheidenden Schritt weiter bringen konnte.

Zu dem sofortigen Separatanschluß an Preußen war nun einmal nur Baden bereit. Man begreift es, warum Preußen ihn ablehnen mußte, abgesehen von aller Rücksichtnahme auf auswärtige Mächte. Süddeutschland ist, wie ein Blick auf die Karte lehrt, überhaupt schwer zu vertheidigen. Aber am allerwenigsten könnte man Preußen zumuthen, irgendeine Garantie für den schmalen Landstrich von Mainz bis Basel zu übernehmen, so lange nicht das süddeutsche Hinterland in das gemeinsame Vertheidigungsnetz gezogen ist. Es muß also Preußen in der That daran liegen, daß die süddeutschen Staaten gleichzeitig und als ein Ganzes diejenige Form des Anschlusses suchen, welche unter den jetzigen Umständen überhaupt möglich ist.

Dies ist das Eine. Dann aber hat Preußen, bevor es seinen Schutz auch über Süddeutschland ausdehnt, noch eine wesentliche Vorbedingung zu stellen, und wir täuschen uns schwerlich in der Annahme, daß Preußen sie wirklich gestellt hat und daß hierauf eben das Vorgehen des Fürsten Hohenlohe beruht. Diese Vorbedingung ist, daß die süddeutschen Staaten ihre Heereseinrichtungen nach preußischem Muster umgestalten, und zwar derart, daß ihr Contingent im gegebenen Fall sofort einen integrierenden Bestandtheil der deutschen Heeresmacht bilden kann. Fürst Hohenlohe hat eben darüber sich ganz bestimmt vor der bayerischen Kammer ausgesprochen. Er stellte diese Heeresreform als ein Mittel dar, das Allianzverhältniß mit Preußen zu erreichen, als eine unerläßliche Bedingung, ohne welche Preußen das Angebot gar nicht annehmen würde. Und so liegen die Dinge in der That. Preußen kann nicht die mindeste Verpflichtung eingehen, so lange die süddeutschen Heere in ihrer aus dem Kriege satksam bekannten Verfassung sind oder einzeln mit beliebigen Wehrsystemen experimentiren, wie dies eine Zeit lang in Württemberg zu befürchten stand. Es ist zugleich jedem eventuellen Einspruch des Auslands ungleich mehr gewachsen, wenn die Umwandlung der süddeutschen Contingente in einen Bestandtheil des nationalen Heeres bereits vollzogen ist. Nur mit dem militärisch bereits assimilirten Süden kann sich Preußen in Verhandlungen ein-

lassen, welche allerdings unvermeidlich den Geist des prager Friedens compromittiren. —

Eine doppelte Aufgabe steht somit vor der stuttgarter Conferenz: die möglichste Annäherung der süddeutschen Wehrverfassungen an das preußische System und die Anerkennung der preußischen Oberleitung, welche die Möglichkeit eines Sonderbundes und die Verwendung der süddeutschen Kräfte zu nichtdeutschen Zwecken ausschließt; eine Anerkennung, die, nachdem sie einmal von Bayern officiell ausgesprochen ist, auch von Seite des ganzen Südens dem Ausland gegenüber nichts Bedenkliches mehr hat. Wird diese doppelte Aufgabe erfüllt, so besitzt Deutschland ein nationales Heer, und das nationale Heer wird die nächste Form der deutschen Einheit sein. Ein ungeheurer Fortschritt in der deutschen Entwicklung, wie das Ausland theils beifällig theils verstimmt schon jetzt anzuerkennen genöthigt ist, ein Fortschritt, der zugleich die sicherste Grundlage für eine weitere Annäherung bietet. Es stehen dann die Außenmauern des neuen Gebäudes fest; die Zwischenwände zu beseitigen, ist dann doch nur eine durchaus innere Arbeit.

Darf man die Erfüllung dieser Doppelaufgabe von der stuttgarter Conferenz hoffen? Noch wird es schwer, an ein vollständiges Gelingen mit den Herren Dalwigk und Barmbühler zu glauben. Noch erscheint es wie ein kühner Traum, daß die widerspenstigen Elemente Süddeutschlands zu einem brauchbaren, organischen Glied des Leibes deutscher Nation sich umschaffen lassen. Daß die vorläufigen Sondirungen Bayerns, wie es heißt, besonders in Stuttgart eifriges Entgegenkommen gefunden haben, legt den Verdacht nahe, daß die bayerischen Eröffnungen, wie auch der Wortlaut der Note vom 9. Januar besagt, nur die militärische Reorganisation der Südstaaten als solche zum Gegenstand hatten. Andererseits ist nicht wohl anzunehmen, daß Bayern auf sein politisches Programm verzichte, mit welchem es eben sein militärisches Programm begründet hat, und in der Theilnahme Badens darf man in jedem Fall eine Bürgschaft erblicken, daß ein scharfes Auge über allen sonderbündlerischen Neigungen wachen wird. Wenn mit den Kriegsministern der vier süddeutschen Staaten auch die Minister des Auswärtigen in Stuttgart erscheinen, so ist schon hiermit ausgesprochen, daß ohne ein politisches Programm die nächstliegende Aufgabe gar nicht durchgeführt werden kann. Der Südbund ist aber in jeder denkbaren Form von Bayern entschieden verworfen; er ist überdies schon darum unmöglich, weil er eine Unterordnung der übrigen Staaten unter Bayern bedeutete, wozu man in Stuttgart so wenig Neigung verspürt als in Karlsruhe. Was bleibt also übrig als die Anlehnung aller an Preußen, die Bayern für sich allein schon als die entschiedene Richtung seiner Politik bezeichnet hat?

Kurze Frist nur ist für die Conferenz in Aussicht genommen; dies deutet darauf hin, daß über gewisse Hauptpunkte ein Einverständnis bereits erzielt ist.

Auch die Zollangelegenheiten sollen, wie es heißt, einen Gegenstand der Beratungen bilden; sie sind es, an welchen jedenfalls das Werk der Einigung später weiter zu führen ist, und die endlich gebieterisch das letzte Ziel, eine parlamentarische Gesamtvertretung in Deutschland erzwingen werden.

Was auch das Resultat der Conferenz sein wird, Preußen wird dadurch in den Stand gesetzt werden, genau zu bemessen, wie weit es gehen kann, um zu der in Nikolsburg stipulirten „nationalen Verbindung“ mit dem Süden die Hand zu bieten. Es ist begreiflich, daß für uns im Süden der Ausgang dieser Verhandlungen im Augenblick das Interesse an dem Ausbau des norddeutschen Bundes fast in den Hintergrund drängt.

Die Frage ist die, ob das sichere Friedensjahr der Ausstellung dazu benutzt wird, um die Wiederkehr der Schmach von 1813 und 1866 — deutsche Contingente im Kampf gegen Deutschland — für immer unmöglich zu machen.

7.

## Literatur.

Hirth's Parlamentsalmanach. 1. Ausgabe. Berlin. Verlag von Franz Duncker.

Ein kleines Taschenbuch, das über die Wahlkreise, über die bisher bekannt gewordenen Candidaten die nöthigen statistischen und biographischen Nachweise giebt und die Reichsverfassung von 1849, den preussischen Verfassungsentwurf vom Juni 1866, das preussische Reichswahlgesetz vom 15. October 1866 und endlich das preussische Wahlreglement im Wortlaut mittheilt. Einzelne Angaben über den Status der Candidaturen werden natürlich schon in den nächsten Tagen antiquirt sein, dabei der gesteigerten Agitation die Anwartschaften wechseln, aber die flüchtige Bekanntheit, welche mit Hilfe dieses Berathers jeder mit den Persönlichkeiten machen kann, die das Vertrauen hervorhebt, ist immerhin von Werth; den Auserwählten selbst wird das Vadamecum oft genug praktische Dienste leisten, namentlich wenn Nachträge und Berichtigungen mit der Schnelligkeit und Gewissenhaftigkeit gegeben werden, die vom Verfasser zu erwarten ist. —

Die von Karl Andree herausgegebene (illustrirte) Zeitschrift „Der Globus“, welche mit dem 11. Bande an die Verlagshandlung von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig übergegangen ist, hat sich bereits als Revue der Länder- und Völkerkunde wohlverdienten Ruf gesichert. Sorgfalt und Eleganz in der typographischen Ausstattung wie in den beigelegten Illustrationen sind in dem neuen Jahrgang, dessen erste Lieferung uns vorliegt, unverändert beibehalten und befriedigen wetteifernd mit dem Inhalte die Anforderungen des großen Publikums, dem das Unternehmen dient. Von den im neuesten Hefte behandelten Gegenständen heben wir namentlich die Beiträge zur Kunde Japans, Fr. Schmidts Expedition in Sibirien und die Mittheilungen über Altperu hervor.

Verantwortlicher Redacteur: Gustav Freytag.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hühnel & Begler in Leipzig.